

Bewerbung als Stadtrat für Die Linke Neukölln

1932 machte sich der US-amerikanische Sozialist Morris Hillquit über die Politik der Sozialisten in Milwaukee lustig. Die sozialistischen Bürgermeister von Milwaukee legten einen besonderen Schwerpunkt auf das öffentliche Gesundheitssystem, sauberes Wasser, gepflegte Parks, gute Sozialwohnungen und sichere Straßen. Hillquit bezeichnete die Genossen in Milwaukee abwertend als „sewer socialists“ – als „Kanalisationssozialisten“. Was als Beleidigung gedacht war, wurde später zu einer Auszeichnung für eine sozialistische Politik, die das Leben der Menschen im Hier und Jetzt konkret verbessert. Sozialisten schämen sich nicht dafür, wenn ihre Politik das Leben von Menschen – und sei es auch nur im Kleinen – verbessert. Im Gegenteil: das damit gewonnene Vertrauen brauchen wir, um unsere Meilensteine auf dem Weg zum Sozialismus zu erreichen.

Mit der Wahl von Zohran Mamdani in New York City erlebt dieser Ansatz heute ein Revival – inzwischen unter dem Label „pothole politics“, also „Schlaglochpolitik“. Als linker Stadtrat in Neukölln will ich diesem Ansatz folgen: einer Politik der konkreten Unterstützung und des praktischen Mehrwerts für die Menschen, die das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft immer im Blick behält. Ich werde mich mit aller Konsequenz für die Interessen der Menschen in Neukölln und unser Wahlprogramm einsetzen und scheue dabei auch nicht vor Konflikten mit den etablierten Strukturen zurück.

Im Neuköllner Rathaus werde ich gemeinsam mit Ahmed den Kampf gegen Mietwucher aufnehmen. Was der bisherige SPD-Bürgermeister sträflich vernachlässigt hat, wollen wir zu einem Schwerpunkt machen: Wir bauen eine Abteilung für Mietwucher auf. Mietende können sich an diese Stelle wenden, wenn sie vermuten, dass ihre Miete überhöht ist. Die Behörde prüft die Fälle, setzt überhöhte Mieten herab und verhängt Strafgebühren gegen Vermietende, die die Notsituation von Wohnungssuchenden ausnutzen.

Die Zahl der Obdachlosen in Berlin wird in den nächsten Jahren schätzungsweise auf über 80.000 steigen. Gleichzeitig stoßen die Kapazitäten der ordnungsrechtlichen Unterbringung seit Jahren an ihre Grenzen. Private Betreibende nutzen die Mangellage und verdienen viel Geld mit Mehrbettzimmern, ohne jegliche Privatsphäre und unter menschenrechtlich fragwürdigen Bedingungen. Viele halten es dort nicht lange aus und entscheiden sich für mehr Selbstbestimmung durch ein Leben auf der Straße. Insbesondere für Suchtkranke gibt es nicht ausreichend akzeptierende Angebote. Diese Situation führt zu erheblichen Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum, in Parks und auf Spielplätzen.

Für uns Linke ist diese Situation unerträglich: Weil im Kapitalismus Wohnen eine Ware ist, landen einkommensarme Menschen auf der Straße und konkurrieren mit denjenigen, die ihrerseits Probleme haben, die Miete zu zahlen, um den knappen öffentlichen Raum. Mit kommunalen Unterkünften können wir Menschen von der Straße holen und menschenwürdig unterbringen. Für suchtkranke Menschen wollen wir die Kapazitäten in der aufsuchenden Drogensozialarbeit ausbauen. Wir brauchen mehr Drogenkonsumräume, damit suchtkranke Menschen unter medizinischer Kontrolle und fernab von Spielplätzen konsumieren können. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass Spielplätze und Grünanlagen zuverlässig gereinigt und gewartet werden – mit kommunalen Beschäftigten.

Gemeinsam mit der AG Sozialsprechstunde arbeite ich an der Gründung des Vereins „Die Linke Neukölln hilft e.V.“. Unsere Amts- und Mandatsträger*innen werden einen Teil ihrer privaten Einkünfte an den Verein spenden und damit unseren Sozialfonds finanzieren. So können wir unsere finanziellen Unterstützungsleistungen für Menschen in Notsituationen ausweiten.

In der Tradition der kommunistischen Bürgermeisterin von Graz, Elke Kahr, will ich als Dezernent Sprechstunden anbieten. Von meinen Bezügen als Stadtrat – der Grundsold liegt bei über 9.000 Euro – werde ich wie unsere Parteivorsitzenden monatlich nur 2.850 Euro selbst behalten. Der verbleibende Betrag geht nach den gesetzlichen Abzügen an die Partei und den Sozialfonds.

Ich bin kurz vor der Wende in Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, geboren und wuchs in der sächsischen Provinz auf. Nach der Schule habe ich im Rahmen eines sozialen Jahres gemeinsam mit palästinensischen Pflegekräften behinderte Kinder in einem Kinderheim in Jerusalem betreut. Für mein Philosophiestudium zog ich nach Berlin. 2013 trat ich in die Partei Die Linke ein.

Hier war es mir in der BO Hermannstraße, im Bezirksvorstand aber auch als Direktkandidat zur Berlin-Wahl 2021 ein zentrales Anliegen, den Parteaufbau voranzutreiben. Ich wollte aber zugleich auch Strukturen aufbauen, die einen Unterschied im Leben der Menschen machen. Mit dem „Mietentisch Gropiusstadt“ haben wir mit Methoden des "Community Organizing" Mietende im Kampf gegen Mieterhöhungen unterstützt. Später habe ich dann die AG Sozialsprechstunde mit aufgebaut, um Menschen in schwierigen Situationen konkret helfen zu können.

Mit der Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2016 habe ich Fuß in der Bezirkspolitik gefasst, für die ich seitdem eine große Leidenschaft entwickelt habe. Bis jetzt bin ich Mitglied im Sozialausschuss. Seit 2018 bin ich außerdem beruflich für die Linksfraktion im Rathaus Neukölln tätig und durfte dort insbesondere die großartige Arbeit unserer ersten Stadträtin Sarah Nagel begleiten.

Seit einigen Jahren wohne ich in der Gropiusstadt und bin dort auch in der BO Gropiusstadt aktiv. Die Gropiusstadt ist für mich nicht nur ein Zuhause, sondern auch politisch ein entscheidender Stadtteil. Hier leben viele Menschen, die nicht per se links sind, die wir aber für uns gewinnen können. Ich schöpfe viel Kraft, aber auch Zuversicht aus den Gesprächen mit meinen Nachbar*innen. Denn die Sorgen der Menschen in Gropiusstadt stehen beispielhaft dafür, was in der großen Politik schief läuft. Mir machen sie Hoffnung, dass wir mit unserer Politik Mehrheiten gewinnen können.

Ich bin Mitglied von ver.di, Schule in Not e.V., TuS Neukölln Berlin e.V. und Genosse in der Wohnungsbaugenossenschaft Ideal.

Mit solidarischen Grüßen

Tony Pohl